

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Niema Movassat, Heike Hänsel, Eva Bulling-Schröter, Wolfgang Gehrcke, Herbert Behrens, Annette Groth, Ralph Lenkert, Birgit Menz, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.**

### **REDDplus-Mechanismus zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen aus Entwaldung und Waldschäden im globalen Süden – Entwicklungspolitischer Nutzen**

REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) soll als Instrument internationaler Klimaschutzpolitik durch den Schutz von Wäldern in Ländern des Globalen Südens dabei helfen, die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. REDD+ erhebt dabei auch den Anspruch, die nachhaltige Entwicklung von Kleinbauern sowie vom Wald abhängigen, oft indigenen Gemeinschaften zu unterstützen. Dem kommt REDD+ nach Auskunft der KfW Bankengruppe ([www.bmz.de/en/publications/topics/climate/FlyerREDD\\_lang.pdf](http://www.bmz.de/en/publications/topics/climate/FlyerREDD_lang.pdf)) schon allein dadurch nach, dass das Programm für diese Gruppen wichtige Funktionen des Waldökosystems zu erhalten helfe.

REDD bzw. REDD+ waren von Beginn an heftig umstritten. Zum einen thematisierten Umwelt- und Entwicklungsorganisationen die zahlreichen methodischen Probleme, die die ökologische Integrität des Mechanismus in Frage stellen (siehe Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „REDDplus-Mechanismus zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen aus Entwaldung und Waldschäden im globalen Süden – ökologische Integrität“, Bundestagsdrucksache 18/5432). Zum anderen wurden von diesen Organisationen sowie von Verbänden indigener Völker drohende oder erfolgte Vertreibungen und andere Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Vorbereitung oder der Umsetzung des Mechanismus aufgezeigt.

REDD+ befindet sich derzeit in der Aufbauphase. Dabei unterstützen unterschiedliche nationale und multilaterale Organisationen (von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und der KfW über die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen – FAO – und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen – UNDP – bis hin zur Weltbank) Staaten des globalen Südens bei drei Umsetzungsphasen:

- Readiness: Staaten des globalen Südens entwerfen nationale Strategien oder Aktionspläne zum Aufbau von REDD+-Programmen,
- Implementierungsphase: Vorbereitung konkreter REDD+-Projekte und Aufbau der dafür notwendigen Kapazitäten bzw. des institutionellen Rahmens,
- Zahlungen für konkrete Schutzmaßnahmen bzw. Emissionsreduktionen.

Neben Norwegen ist die Bundesregierung derzeit der größte bilaterale Geber für REDD+-Maßnahmen. Sie beteiligt sich in unterschiedlicher Weise an REDD+-Maßnahmen.

Erstens ist sie größter Geber des Weltbankfonds Forest Carbon Partnership Facility (FCPF), der Länder beim Entwurf nationaler REDD+-Strategien sowie bei der Planung und Durchführung von REDD+-Projekten unterstützt und auch Zahlungen auf der Basis nachgewiesener Emissionsreduktionen für erfolgreiche REDD+-Projekte leistet. Aktiv ist der FCPF beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo, die sich als REDD+-Pilotregion beworben hat.

Zweitens führen GIZ und KfW im Auftrag der Bundesregierung das Programm REDD Early Movers (REM) durch, in dessen Rahmen Länder für die erfolgreiche Umsetzung von REDD+-Projekten finanziell belohnt werden. REM versteht sich als „Brückenfinanzierung“, für bereits laufende REDD+-Projekte, bis die Frage der Finanzierung von REDD+-Projekten auf internationaler Ebene geklärt ist. Bislang hat einzig der brasilianische Bundesstaat Acre Zahlungen für nachgewiesene Reduktionen aus dem REM-Programm erhalten ([www.dandc.eu](http://www.dandc.eu) „Bonus for early movers“ vom 5. Juli 2014).

Drittens finanziert die Bundesregierung über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) bilaterale Programme, in denen einzelne Länder oder Regionen fit für REDD+ gemacht werden sollen.

Da REDD+ in erster Linie als klimapolitisches Instrument entworfen wurde, steht der entwicklungspolitische Beitrag der REDD+-Maßnahmen für die Länder des Südens bzw. lokalen Bevölkerungsgruppen nicht immer an erster Stelle. Obwohl die Rechte lokaler Gruppen durch „Safeguard-Mechanismen“ geschützt werden sollen, kommt es im Rahmen der Vorbereitung oder Umsetzung von REDD+-Projekten zu Konflikten. Das Informationsportal REDD-Monitor ([www.redd-monitor.org](http://www.redd-monitor.org)) informiert seit Jahren regelmäßig über zahlreiche Klagen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, deren Landnutzung durch REDD-Projekte beeinträchtigt wird. Ihre Kritikpunkte sind unter anderem die fehlende Einbindung in die Planung und Durchführung der Projekte, Einschränkungen ihres Zugangs zu Land, insbesondere dort, wo Landrechtsfragen ungeklärt sind, Verarmung und Verlust der Ernährungssicherheit durch die Kriminalisierung ihrer Anbaupraktiken (z. B. Wanderfeldbau).

Die Bundesregierung und andere multilaterale Akteure haben ein Interesse, schnelle Erfolge bei der Umsetzung von REDD+ zu präsentieren. Daher werden auch REDD+-Programme in Ländern aufgebaut, obgleich die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen fragwürdig sind und REDD+ die Gefahren für Korruption erhöht. Im Sinne schneller Erfolge werden Programme teilweise begonnen, ohne ausreichende Informationen über die Entwaldungssituation vor Ort zu haben. Ein Beispiel hierfür ist das ClipAD Programm, welches in Laos in zweiter Phase von der GIZ durchgeführt wird. Eine Untersuchung des renommierten Center For International Forestry Research (CIFOR) beschreibt die Schwierigkeiten, die bei der Umsetzung des Programms auftraten: In einer der ausgewählten Projektregionen war die Entwaldungsrate nicht hoch genug, um ein REDD+-Projekt wirtschaftlich erfolgreich durchzuführen. In der anderen vorgesehenen Projektregion verhinderte der Widerstand des laotischen Militärs eine Umsetzung der REDD+-Maßnahme in der Grenzregion zu Thailand ([www.cifor.org](http://www.cifor.org) „REDD+ at the crossroads: Choices and tradeoffs for 2015–2020 in Laos“).

Zudem ist fraglich, inwieweit REDD+ in der Lage ist, effektiv zum Schutz von Wäldern beizutragen. Da eingesparte Emissionen honoriert werden sollen, funktioniert REDD+ beispielsweise nicht in Regionen mit geringer Entwaldungsrate.

Und Studien, u. a. der Organisation Forest Trends, zeigen, dass REDD+ mit einer derzeitigen Vergütung von 5 US-Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub> nicht in der Lage ist, die eigentlichen Treiber von Entwaldung (z. B. industriellen oder illegalen Holzeinschlag, Anlage von Soja- und Palmöl-Plantagen) anzugehen.

Von Seiten der Kritikerinnen und Kritiker ist immer wieder zu hören, dass REDD+ für die reichen Länder des Nordens billige Emissionszertifikate generieren soll, die sie im Falle eines verpflichtenden Klimaabkommens als Gutschrift („offset“) für ihre hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen nutzen können.

Daher stellt sich insgesamt die Frage nach dem entwicklungspolitischen Nutzen von REDD+.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwiefern und in welchem Umfang hat sich die Bundesregierung seit dem Jahr 2008 jährlich an REDD+-Maßnahmen beteiligt, und wofür wurden die Finanzmittel im Einzelnen verwendet (bitte die Projekte nach Ländern, mit kurzer Projektbeschreibung und jeweils bereitgestelltem Budget auflisten)?
2. Wie hoch ist der Anteil der Gelder, den die Bundesregierung in die FCPF der Weltbank einzahlt, am Gesamtvolumen der von der Bundesregierung finanzierten REDD+-Maßnahmen?
3. In welcher Höhe insgesamt und mit welcher genauen Laufzeit stehen dem REM-Programm finanzielle Mittel zur Verfügung?
4. Wie viele dieser REM-Mittel wurden bis einschließlich 31. Dezember 2014 ausgegeben, und wofür (bitte nach Empfänger, Zweck, Finanzvolumina auflisten)?
5. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass es nach Kenntnis der Fragesteller keine einheitlichen und verbindlichen Safeguards für alle REDD+-Projekte gibt, und inwiefern setzt sich die Bundesregierung für eine Vereinheitlichung und Verbindlichkeit der Safeguards, beispielsweise im Rahmen der Klimaverhandlungen seit dem Jahr 2008, ein?
6. Welche Rolle spielt das vom BMZ verabschiedete Menschenrechtskonzept bei der Bewilligung und Umsetzung von REDD+-Projekten?  
Werden REDD+-Maßnahmen vor Bewilligung auf eine Konformität mit dem Menschenrechtskonzept geprüft?  
Wie wird die Anwendung des Konzepts in der Projektumsetzung gewährleistet?  
Wurden hierzu Evaluierungen vorgenommen, und wenn ja, zu welchen Ergebnissen sind diese gekommen?  
Wenn nein, warum nicht?
7. Arbeiten die in die Umsetzung konkreter REDD+-Maßnahmen involvierten deutschen Akteure (BMZ, KfW, GIZ, BMUB) nach den gleichen menschenrechtlichen Standards und Leitlinien?  
Wenn ja, welche sind dies?  
Wenn nein, warum nicht?
8. Inwiefern spielt der Gender-Ansatz als Querschnittsaufgabe, wie ihn das BMZ in seinem Strategiepapier hervorhebt ([www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier341\\_02\\_2014.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier341_02_2014.pdf)), in REDD+-Programmen der Bundesregierung eine hervorgehobene Rolle?  
Wie viele REDD+-Projekte berücksichtigen Gender als relevante Kategorie bereits in der Konzeptionsphase?

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Frauen nicht durch REDD+-Projekte in besonderer Weise benachteiligt werden, angesichts der Tatsache, dass Frauen oftmals Hauptverantwortliche für die Grundnahrungssicherung sind und von den Einschränkungen, z. B. des Wanderfeldbaus, in besonderer Weise betroffen werden, wohingegen Verträge über die ‚Gewinnverteilung‘ aus REDD+-Projekten i. d. R. mit männlichen Familienmitgliedern geschlossen werden (vgl. [www.redd-monitor.org/2015/03/12/redd-safeguards-protecting-investments-or-upholding-rights/](http://www.redd-monitor.org/2015/03/12/redd-safeguards-protecting-investments-or-upholding-rights/))?

9. Welche Aktivitäten und welche Akteure sind nach Kenntnis der Bundesregierung die größten Treiber und Ursachen für die Entwaldung in Brasilien, Laos und in der Demokratischen Republik Kongo?

Welche Strategien befürwortet sie zur Bekämpfung der Treiber und Ursachen dieser Entwaldung?

Wie groß ist der Anteil der von der Bundesregierung finanzierten REDD+-Maßnahmen in den drei Ländern, der diese Treiber und Ursachen von Entwaldung direkt adressiert?

10. Inwiefern, jeweils wann und bezogen auf welches Gebiet (Welt, Kontinente, Länder, Regionen etc.) wurden seit dem Jahr 2000 Evaluierungen über die Wirksamkeit von Aktivitäten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit dem Schwerpunkt auf den Wald durchgeführt?

Falls ja, welche sind dies, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus diesen Evaluierungen für REDD+-Aktivitäten gewonnen und gezogen?

11. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung zahlreicher Akteure, die REDD+ als Instrument eines paradigmatischen Wechsels in der Entwicklungszusammenarbeit sehen, da Zahlungen erst nach erfolgtem Nachweis der Emissionsreduktion erfolgen sollen ([www.cgdev.org/sites/default/files/CGD-Climate-Forest-Paper-Series-16-Pistorius-Kiff-German-politics-REDD.pdf](http://www.cgdev.org/sites/default/files/CGD-Climate-Forest-Paper-Series-16-Pistorius-Kiff-German-politics-REDD.pdf))?

Lässt die Bundesregierung die Umsetzung von REDD+, auch aufgrund dieser unter Umständen weitreichenden Auswirkungen von REDD+ für die Entwicklungszusammenarbeit, wissenschaftlich begleiten?

Wenn ja, welche Ergebnisse liegen hierzu bisher vor?

Wenn nicht, warum nicht?

12. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Beschwerden traditioneller Waldbewohnerinnen und Waldbewohner und indigener Völker, dass ihre Praxis Wanderfeldbau („rotational farming“, „shifting cultivation“ oder „slash-and-burn agriculture“) zu betreiben, auch im Rahmen von REDD+-Programmen kriminalisiert wird ([www.infoe.de/web/images/Pdf/INFOE\\_Indigene\\_%20Volker\\_Klimaverhandlungen.pdf](http://www.infoe.de/web/images/Pdf/INFOE_Indigene_%20Volker_Klimaverhandlungen.pdf)) vor dem Hintergrund, dass

- a) Wanderfeldbau nicht bloß eine Nutzungsform, sondern einen integralen Bestandteil der Lebensweise und kulturellen Identität indigener Völker darstellen kann,
- b) Wanderfeldbau trotz eines allgemeinen Rückgangs noch immer eine wesentliche Rolle bei der Bereitstellung von Lebensgrundlagen und Ernährungssicherheit vieler Waldvölker spielt ([www.iwgia.org/iwgia\\_files\\_publications\\_files/0694\\_AIPPShifting\\_cultivation\\_livelihoodfood\\_security.pdf](http://www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/0694_AIPPShifting_cultivation_livelihoodfood_security.pdf)),

- c) Wanderfeldbau auch einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Aufnahme liefern kann und mehr CO<sub>2</sub> einspeichert als emittiert, wie etwa für den Wanderfeldbau durch das indigene Volk der Karen in Thailand nachgewiesen ist ([www.iwgia.org/iwgia\\_files\\_publications\\_files/0510\\_Karen\\_Community\\_Carbon\\_Footprint.pdf](http://www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/0510_Karen_Community_Carbon_Footprint.pdf); S. 22),
- d) die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), VN-Entwicklungsprogramm (UNDP) und VN-Umweltprogramm (UNEP) nicht etwa Wanderfeldbau, sondern die Intensivierung von Landwirtschaft und großflächige industrielle Plantagen als Hauptursachen für Entwaldung in Asien ausmachen ([www.unfccc.int/resource/docs/2012/smsn/ngo/235.pdf](http://www.unfccc.int/resource/docs/2012/smsn/ngo/235.pdf); S. 2),
- e) Wanderfeldbau keine Entwaldung per se, sondern nach FAO-Kriterien lediglich eine Modifizierung des Waldes verursacht ([www.unfccc.int/resource/docs/2012/smsn/ngo/235.pdf](http://www.unfccc.int/resource/docs/2012/smsn/ngo/235.pdf); S.2)?
13. Inwiefern stellt die Bundesregierung sicher, dass das Ziel des Waldschutzes, und insbesondere von REDD+-Maßnahmen, keine negativen Effekte auf die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung haben?
14. Inwiefern stellt die Bundesregierung sicher, dass im Zuge ihrer REDD+-Aktivitäten die Nutzungs- und Landrechte der lokalen Bevölkerung respektiert werden?
15. In welcher Weise berücksichtigt die Bundesregierung bei der Umsetzung konkreter REDD+-Projekte die energetischen Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung, z. B. den Bedarf an Holz und Holzkohle oder die aktive zur Verfügungstellung von alternativen Energiequellen mit dem dazugehörigen Fachwissen über ihre Nutzung zu Kosten, die die Menschen tragen können?
16. Sind der Bundesregierung Beschwerden zu REDD+-Projekten der Weltbank bekannt?
- Wenn ja, wie wurde mit diesen verfahren?
- a) Inwiefern sind nach Kenntnis der Bundesregierung von REDD+-Maßnahmen real oder potenziell betroffene Menschen darüber aufgeklärt worden, dass es eine Beschwerdemöglichkeit gibt und wie Beschwerden bei wem eingereicht werden können?
- b) Zu welchen Ergebnissen kamen nach Kenntnis der Bundesregierung etwaige Überprüfungen von Beschwerden, und wie wurden die angesprochenen Probleme schließlich gelöst?
- c) Kam es durch Beschwerden zu Anpassungen in laufenden oder noch in Planung befindlichen REDD+-Projekten?
- Wenn ja, inwiefern?
- Wenn nein, warum nicht?
17. Gingen beim BMZ Beschwerden zu REDD+-Projekten der Weltbank ein (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10739, S. 11)?
- Wenn ja, wie wurde mit diesen verfahren?
18. Inwiefern steht den Betroffenen bei den deutschen Durchführungsorganisationen oder der Bundesregierung (KfW, GIZ, BMZ, BMUB) im Falle von Konflikten oder Problemen ein Beschwerdemechanismus zur Verfügung?
- a) Wie funktionieren die Beschwerdemechanismen im Einzelnen?
- b) Inwiefern sind von REDD+-Maßnahmen real oder potenziell betroffene Menschen darüber aufgeklärt worden, dass es eine Beschwerdemöglichkeit gibt und wie Beschwerden bei wem eingereicht werden können?

- c) Welche Beschwerden sind zu welchen genauen Zeitpunkten und bezüglich welcher REDD+-Projekte an die Bundesregierung bzw. deutschen Durchführungsorganisationen herangetragen worden?
- d) Zu welchen Ergebnissen kamen etwaige Überprüfungen von Beschwerden, und wie wurden die angesprochenen Probleme schließlich gelöst?
- e) Kam es durch Beschwerden zu Anpassungen in laufenden oder noch in Planung befindlichen REDD+-Projekten?

Wenn ja, inwiefern?

Wenn nein, warum nicht?

19. Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen es im Rahmen von REDD+-Maßnahmen, an denen die Bundesregierung beteiligt war, zu Verletzungen von Menschenrechten und bzw. oder indigenen Rechten gekommen ist?
20. Wie geht die Bundesregierung damit um, wenn die örtliche Bevölkerung bei REDD+-Maßnahmen keinen homogenen Akteur darstellt und es innerhalb von Gemeinschaften Interessenskonflikte gibt?

Nach welchen Kriterien wird schließlich entschieden, welche Interessen berücksichtigt werden, und welche nicht?

21. Wie viel Geld hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2000 für Wald- und Biodiversitätsschutz sowie REDD+ im Bundesstaat Acre ausgegeben (bitte einzelne Projekte auflisten mit kurzer Projektbeschreibung und jeweils bereitgestelltem Budget)?

- a) Wie viel hiervon wurde für die Demarkierung von indigenem Land eingesetzt?
- b) Wie viel wurde für Maßnahmen, die als REDD+-Maßnahmen verbucht werden, eingesetzt?
- c) Wie viel wurde für „Nachhaltige Waldbewirtschaftung/Sustainable Forest Management/Manejo Sustentavel“ eingesetzt?

Wieviel davon unterstützte Waldbewirtschaftung in Gebieten der Kautschuk-Zapfer (manejo florestal comunitario) und wieviel Waldbewirtschaftung durch Privatunternehmer (manejo empresarial)?

- d) Wie viel floss in andere Maßnahmen, und in welche?

22. Wie bewertet die Bundesregierung die Wirksamkeit der unterschiedlichen Maßnahmen, und auf welcher Basis kommt sie zu dieser Bewertung?

Was ist der Bundesregierung bekannt über die Bewertung der Maßnahmen durch die jeweiligen Zielgruppen?

23. Welche Verträge und Abkommen bestehen zwischen der Bundesregierung und dem brasilianischen Bundesstaat Acre, die für REDD+-Aktivitäten relevant sind, und was regeln diese Abkommen jeweils?

24. Worauf führt es die Bundesregierung zurück, dass bisher lediglich Acre ins REM-Programm aufgenommen wurde?

Wie ist der Stand der Prüfung einer Aufnahme von Ecuador und Kolumbien in das REDD-Programm, mit denen im Dezember 2014 eine Absichtserklärung unterzeichnet wurde ([www.reddplussafeguards.com/?p=1202](http://www.reddplussafeguards.com/?p=1202))?

Wurde eine Aufnahme anderer Länder bzw. Bundesstaaten geprüft?

Wenn ja, welche, und woran scheiterte die Aufnahme in das REM-Programm?

25. Inwiefern unterstützt REM die Demarkierung von indigenen Gebieten in Acre oder anderen Regionen?
26. Welche Zusagen für Anreiz-Zahlungen (REM-AZ) wurden seit der Gründung von REDD Early Movers von Seiten der Bundesregierung gemacht, und wie viel Geld davon wurde bereits ausgegeben (bitte Auflistung nach Empfänger, Finanzvolumina, Zweck)?
27. Welche Vergütungen von Emissionsreduktionen (REM-V) wurden bereits gezahlt (bitte Auflistung nach Empfänger und Finanzvolumina)?
28. Wie viele Tonnen CO<sub>2</sub> an Emissionsreduktionen hat der brasilianische Bundesstaat Acre der Bundesregierung bereits zu welchen Zeitpunkten nachgewiesen?  
Wurden auch Zahlungen vor Nachweis der erbrachten Reduktionen geleistet?
29. Wie werden im REM-Programm die für den Erhalt der Zahlungen notwendigen Maßnahmen in Acre (vor-)finanziert?
30. Wie wurde in Acre die Höhe der Entwaldung festgelegt, auf deren Basis die Verminderung der Entwaldung im Rahmen von REM berechnet wird?
31. Inwieweit besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den über REM finanzierten Maßnahmen und den vom Bundesstaat Acre nachgewiesenen Emissionseinsparungen?  
Wie wird dieser Zusammenhang überprüft?
32. Welche Regelungen bzw. Übereinkünfte über Sanktionen (z. B. Rückzahlungen) sieht das REM-Programm vor, und wie funktionieren die entsprechenden Kontroll- und Monitoringmechanismen, falls ein Akteur (z. B. der Bundesstaat Acre) die versprochenen Emissionseinsparungen nicht erfüllt bzw. es nach der Auszahlung der ergebnisbasierten Zahlungen zu einer Zerstörung des Waldes und damit zu einer Freisetzung des zuvor für eingespart deklarierten CO<sub>2</sub> kommt?  
Für welchen Zeitraum nach erfolgter Zahlung garantiert der Zahlungsempfänger den Erhalt der Wälder bzw. des im Wald gespeicherten CO<sub>2</sub>?  
Erachtet die Bundesregierung diesen Zeitraum auch als ausreichend, wenn Zahlungen mit dem Erhalt von Emissionsgutschriften verbunden sind – eine Option, die Mitglieder des Carbon Fonds der Weltbank FCPF, Tranche A (z. B. The Nature Conservancy) erwägen ([www.forestcarbonpartnership.org](http://www.forestcarbonpartnership.org) „Note on Decision – Making Modalities in the Carbon Fund“ vom 19. April 2011)?
33. Wie hat die Bundesregierung während der Klimaverhandlungen in Warschau im Jahr 2013 die Kritik der brasilianischen Bundesregierung wahrgenommen, dass bilaterale Verhandlungen auf Bundesebene stattzufinden haben und nicht zwischen dem brasilianischen Bundesstaat Acre und der Bundesregierung und deshalb die brasilianische Bundesregierung der Regierung von Acre keine Genehmigungsbescheinigung erteilen wollte ([www.vozdonorte.com.br/jornal/index.php/politica/1928-na-cop-19-anibal-defende-ampliacao-da-parceria-do-banco-alemao-com-o-acre](http://www.vozdonorte.com.br/jornal/index.php/politica/1928-na-cop-19-anibal-defende-ampliacao-da-parceria-do-banco-alemao-com-o-acre))?  
Teilt die Bundesregierung die Kritik der brasilianischen Bundesregierung, und wie hat sie darauf reagiert?
34. Inwiefern teilt die Bundesregierung die Position der brasilianischen Bundesregierung, die REDD+ als internationalen „offset“-Mechanismus ablehnt ([www.itamaraty.gov.br/index.php?option=com\\_content&view=article&id=5311:joint-statement-16th-basic-ministerial-meeting-on-climate-change-](http://www.itamaraty.gov.br/index.php?option=com_content&view=article&id=5311:joint-statement-16th-basic-ministerial-meeting-on-climate-change-)

foz-do-iguacu-september-16-2013&catid=42&lang=en-GB&Itemid=718;  
Punkt 12)?

35. Sind Berichte über die Umsetzung des REM-Programms in Acre, inklusive der Maßnahmen, die in Acre mit REM-Geldern umgesetzt wurden bzw. werden, öffentlich verfügbar?
36. Wie bewertet die Bundesregierung die gestiegene Entwaldungsrate in Acre, wo seit dem Jahr 2013 ein Anstieg um 41 bis 54 Prozent im Vergleich zum Vorjahr beziffert wird ([www.jornalatribuna.com.br/?p=15222](http://www.jornalatribuna.com.br/?p=15222); [www.inpe.br/noticias/noticia.php?Cod\\_Noticia=3781](http://www.inpe.br/noticias/noticia.php?Cod_Noticia=3781)), und inwiefern hat sich diese Entwicklung der Entwaldungsrate auf die REM-Zahlungen in diesem Zeitraum ausgewirkt?
37. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolgchancen von REDD+, zu einer dauerhaften Reduzierung von Waldverlust und Kohlenstoff-Freisetzung aus Wäldern in Acre beitragen zu können, angesichts einer Waldpolitik, die weiterhin stark auf industrieller Holzwirtschaft und damit Schwächung der Speicherkapazität der Wälder beruht, und die den Erhalt des Kohlenstoffspeichers Wald in zentralen Politiken nicht erwähnt (z. B. „PROGRAMA DE INCLUSÃO SOCIAL E DESENVOLVIMENTO ECONÔMICO SUSTENTÁVEL DO ESTADO DO ACRE – PROACRE“; [www.ac.gov.br/wps/wcm/connect/b900e1004c6169248bcb8f77cd9482a4/Anexo+1-+Manejo+Florestal.pdf?MOD=AJPERES](http://www.ac.gov.br/wps/wcm/connect/b900e1004c6169248bcb8f77cd9482a4/Anexo+1-+Manejo+Florestal.pdf?MOD=AJPERES))?
38. Inwiefern wurde die lokale Bevölkerung partizipativ in das REM-Programm in Acre eingebunden?
  - a) Inwiefern wurde die Bevölkerung lediglich über das REM-Programm informiert, oder inwiefern wurde die Bevölkerung angehört und ihre vorgebrachten Anliegen und Interessen berücksichtigt?
  - b) Inwiefern wurde sichergestellt, dass die lokale Bevölkerung nach dem Free and Prior Informed Consent (FPIC) in die Programmentwicklung frühzeitig und umfassend eingebunden wurde?
  - c) Welche Mitbestimmungs- und Einflussmöglichkeiten (z. B. Veto-Recht, Stimmrecht in Abstimmungen) hatte die lokale Bevölkerung in dem Verfahren der Programmentwicklung und später in der Durchführung?
39. Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen es im Rahmen von mit REM-Geldern finanzierten Maßnahmen zu Verletzungen von Menschenrechten und bzw. oder indigenen Rechten gekommen ist?
40. Sind der Bundesregierungen Beschwerden von Seiten der Betroffenen oder ihrer Vertreter beispielsweise aus Acre bzw. Brasilien bekannt?

Wenn ja, welche Beschwerden wurden wann von wem vorgebracht, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um etwaig angezeigten negativen Entwicklungen zu begegnen?
41. Welche REDD+-Maßnahmen finanziert die Bundesregierung in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo)?

Welche Maßnahmen finanziert sie darüber hinaus mit dem Ziel des Waldschutzes oder der nachhaltigen Waldnutzung in der DR Kongo (bitte einzelne Projekte auflisten mit kurzer Projektbeschreibung und jeweils bereitgestelltem Budget)?
42. Wie bewertet die Bundesregierung die Gefahren der Korruption in Verbindung mit REDD+ in der DR Kongo, wie sie der Bericht des Anti-Corruption Ressource Center von April 2015 darlegt ([www.u4.no/publications/national-level-corruption-risks-and-mitigation-strategies-in-the-implementation-of-redd-in-the-democratic-republic-of-the-congo-an-overview-of-the-current-situation/](http://www.u4.no/publications/national-level-corruption-risks-and-mitigation-strategies-in-the-implementation-of-redd-in-the-democratic-republic-of-the-congo-an-overview-of-the-current-situation/))?



Teilt sie die Einschätzungen des Berichts?

Welche Schlüsse zieht sie daraus für die eigene Finanzierung von REDD+-Maßnahmen in der DR Kongo?

43. Inwiefern werden REDD+-Maßnahmen in der DR Kongo so ausgestaltet, dass der Korruption vorgebeugt bzw. diese ausgeschlossen werden kann?
44. Sind nach Einschätzung der Bundesregierung signifikante Fortschritte in der DR Kongo in der Vorbereitung auf REDD+ („REDD+ readiness“) nachweisbar, welche für die Weltbank notwendig sind, um das Land in den Carbon Fonds der Forest Carbon Partnership Facility aufzunehmen?

Wie kommt die Bundesregierung zu dieser Bewertung?

45. Wie schätzt die Bundesregierung das Risiko ein, dass Maßnahmen, die REDD+-Emissionsgutschriften liefern sollen, im Falle des Abschlusses eines Kaufvertrags mit dem FCPF-Carbon Fonds über solche Emissionsgutschriften (ERPA – Emissions Reductions Purchase Agreement) zu einer Verschärfung von Landkonflikten und wachsender Ernährungsunsicherheit beitragen?
46. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der DR Kongo an den FCPF-Carbon Fonds, als Gebiet für die Umsetzung des REDD+-Pilotprogramms die zukünftige Provinz Mai Ndombe zu wählen, die bisher als Verwaltungseinheit noch nicht existiert?
47. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag der DR Kongo an den Carbon Fonds, die Sicherung von Landrechten in der REDD+-Pilotregion unterstützen zu wollen ([www.forestcarbonpartnership.org/sites/fcp/files/2014/February/DRC%20ER-PIN%20CF9.pdf](http://www.forestcarbonpartnership.org/sites/fcp/files/2014/February/DRC%20ER-PIN%20CF9.pdf); S. 21)?

Wieviel Zeit ist nach Einschätzung der Bundesregierung für dieses Unterfangen notwendig in Anbetracht der Tatsache, dass

- a) die vorgeschlagene Pilotregion eine Fläche umfasst, die etwa ein Drittel der Fläche Deutschlands darstellt,
- b) es kaum passierbare Straßen gibt,
- c) etwa 5 000 bis 8 000 Clans mit Wohnrechten in ca. 1 200 Gemeinden die Region besiedeln,
- d) mit wenigen Ausnahmen keine Kataster oder Karten über Landrechte in der Region existieren (für die Ausnahmen siehe [www.mappingforrights.org](http://www.mappingforrights.org)), und
- e) die rechtliche Grundlage zur Harmonisierung von Wohn- und Landrechten der Waldbewohner und indigenen Völker weitgehend fehlt ([www.redd-monitor.org](http://www.redd-monitor.org) „Implement in haste, repent at leisure“, April 2014)?

Ist unter solchen Voraussetzungen eine erfolgreiche Umsetzung eines REDD+-Pilotprogramms realistisch mit dem Ziel, innerhalb weniger Jahre Emissionsreduktionen nachzuweisen, die (zumindest für einige Carbon-Fonds-Teilnehmer handelbare) Emissionsgutschriften liefern können?

48. Welche Rolle spielen nach Einschätzung der Bundesregierung Akteure wie der WWF, das Unternehmen Wildlife Works Carbon oder Firmen mit Holzkonzessionen in der Modellregion
- a) bei der Konzeption und
  - b) in der Umsetzung des FCPF-Emissionsreduktions-Programms (ER-Programme) in der Region Mai Ndombe?

49. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag der DR Kongo an den Carbon Fonds, in dem die Einschränkung von Wanderfeldbau eine zentrale Rolle für die Reduktion von Entwaldung einnimmt ([www.redd-monitor.org](http://www.redd-monitor.org) „Implement in haste, repent at leisure“, April 2014)?

Wie beurteilt die Bundesregierung Begrenzungen von Wanderfeldbau auf ein Gebiet von ca. 2 km um die Dörfer, wie dies das Mai-Ndombe-Projekt von Wildlife Works Carbon praktiziert, ein REDD+-Projekt, das Emissionsgutschriften auf dem freiwilligen Markt anbietet (<https://s3.amazonaws.com> „Mai Ndombe Project – REDD+“ vom 31. Oktober 2012)?

Wie wird nach Meinung der Bundesregierung im Vorschlag der DR Kongo für die Pilotregion REDD+ Mai Ndombe sichergestellt, dass die Grundnahrungsbedürfnisse der auf Wanderfeldbau angewiesenen Bevölkerung und allgemein das Recht auf Nahrung gewährleistet wird?

50. Wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeiten der DR Kongo und anderer Länder, die Vorschläge beim FCPF Carbon Fonds eingereicht haben, ein, Maßnahmen zur Emissionsreduktion in Vorleistung finanzieren zu können?

Welche Möglichkeiten der Vorfinanzierung erwägt der Carbon Fonds bzw. erwägt die Bundesregierung für den Fall, dass eine Vorleistung durch die Pilotregionen selbst nicht möglich ist?

51. Wer trägt nach Meinung der Bundesregierung das finanzielle Risiko bei einer Umsetzung von REDD+ als Instrument mit einer Zahlung erst nach Nachweis der erfolgreichen Reduktion von Emissionen aus Waldverlust, wenn trotz durchgeführter Maßnahmen die Emissionen aus Waldverlust nicht wie erwartet reduziert wurden?

52. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Erfahrung mit CliPAD in Laos in Bezug auf REDD+ als Instrument zum Waldschutz?

Ist ihrer Meinung nach REDD+ geeignet, um illegalen Holzeinschlag in Laos entlang der Grenze zu Thailand einzudämmen?

Welche Ursachen von Waldverlust lassen sich nach Auffassung der Bundesregierung auf Basis der Erfahrung mit CliPAD in Laos durch REDD+ bekämpfen, und welche nicht?

Berlin, den 19. Juni 2015

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**



